



Dr. Markus M. Grabka, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin

ACHT FRAGEN AN MARKUS GRABKA

»Einkommensungleichheit verharret auf hohem Niveau«

1. Herr Grabka, Sie haben die Einkommensungleichheit in Deutschland analysiert. Ist die Schere zwischen arm und reich weiter auseinandergegangen? Schaut man sich die Entwicklung seit dem Jahr 2000 an, so kann man eindeutig sagen, dass die Schere zwischen den ärmeren und reicheren Einkommensschichten auseinandergegangen ist. Die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher haben in diesem Zeitraum reale Einkommenszuwächse von mehr als 15 Prozent erzielt. Die breite Mittelschicht stagniert mit ihren Realeinkommen, während die unteren 40 Prozent sogar reale Einkommensverluste erlitten haben.
2. Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Das lässt sich nicht auf eine einzelne Ursache zurückführen. Bei den oberen Einkommensbezieher spielen die Kapitaleinkommen und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit eine zentrale Rolle. Sie haben im Vergleich zu den Arbeitnehmerentgelten deutlich zugenommen. Im unteren Einkommensbereich wurden zum Beispiel die Renten seit Jahren nicht ausreichend an die Inflationsentwicklung angepasst, sodass es hier zu realen Verlusten gekommen ist.
3. Wie haben sich die verfügbaren Haushaltseinkommen entwickelt? Im Durchschnitt haben wir zwar eine positive Entwicklung, denn wir beobachten seit dem Jahr 2000 einen Zuwachs um mehr als fünf Prozent. Differenziert nach den verschiedenen Einkommensdezilen, also in jeweils zehn gleich große Bevölkerungsgruppen, fällt die Entwicklung jedoch sehr unterschiedlich aus, da nämlich die unteren Einkommensbezieher seit 2000 reale Einkommensverluste erlitten haben.
4. Wie hoch ist das Armutsrisiko in Deutschland? Das Armutsrisiko in Deutschland hat sich zwischen den Jahren 2000 und 2005 von gut zehn Prozent auf fast 15 Prozent deutlich erhöht und hat sich in den letzten Jahren bei etwa 14 Prozent eingependelt. Nimmt man aber einen alternativen Datensatz wie zum Beispiel den Mikrozensus vom Statistischen Bundesamt, sehen wir, dass seit dem Jahr 2006 ein Anstieg zu beobachten ist und aktuell Werte von über 15 Prozent erreicht werden.
5. Gibt es dabei Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern? Ja, in Ostdeutschland besteht ein deutlich höheres Armutsrisiko. Die Werte liegen immer noch bei rund 20 Prozent.
6. Welche Bevölkerungsgruppen sind am ehesten von Armut bedroht? Armut in Deutschland ist am ehesten ein Problem von Alleinerziehenden und erwerbslosen Personen. Vor allem junge Erwachsene, also Berufseinsteiger, haben ein stark gewachsenes Armutsrisiko. Insbesondere das Armutsrisiko der alleinlebenden jungen Erwachsenen bis zu einem Alter von 35 Jahren ist seit dem Jahre 2000 um über zwölf Prozentpunkte angestiegen.
7. Welches Ergebnis Ihrer Studie hat Sie am meisten überrascht? Zwischen Februar 2005 und Mai 2015 ist die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland um nahezu 60 Prozent zurückgegangen. Üblicherweise ist eine Zunahme von Beschäftigung damit verbunden, dass das Armutsrisiko zurückgeht, zumindest war das in den früheren Jahren immer der Fall. Trotzdem verharret das Armutsrisiko in Ostdeutschland bei rund 20 Prozent. Interessant ist auch die Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen, die uns besonders aufgefallen ist. Deren Beschäftigungsquote hat sich seit dem Jahr 2000 sogar um 20 Prozentpunkte erhöht, und trotz alledem ist das Armutsrisiko dieser Gruppe um drei Prozentpunkte gestiegen.
8. Welche wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung haben Einkommensungleichheit und Armutsrisiko in Deutschland? Wir haben das in unserem Bericht nicht gesondert analysiert, können hier aber auf die Erfahrungen der OECD verweisen, die gerade einen neuen Report veröffentlicht hat. Das zentrale Ergebnis ist, dass sich zunehmende Einkommensungleichheit negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirken kann. In einer Auswahl von OECD-Ländern, die analysiert wurden, haben die unteren 40 Prozent der Einkommensbezieher weniger in die eigene Bildung und die ihrer Kinder investiert. Das wirkt sich mittel- bis langfristig nachteilig auf das Wirtschaftswachstum aus.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier